

A2

Antrag

Bundesjugendwerkskonferenz 2022

Initiator*innen: Bundesjugendwerk der AWO e.V.

Titel: **Statutänderung: Verbindlichkeit von Bundesbeschlüssen**

Antragstext

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Statut des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt e. V. wird wie folgt
3 geändert:

4 Das Statut wird unter Ziff. 6 (Verbindlichkeit von Bundesbeschlüssen) ergänzt:

5 „Beschlüsse der Bundesjugendwerkskonferenz und des Bundesjugendwerksausschusses
6 sind für die Mitgliedsgliederungen des Bundesjugendwerkes verbindlich. Die
7 Satzungen der Mitgliedsgliederungen müssen eine Regelung dahingehend enthalten,
8 dass die Beschlüsse der Bundesjugendwerkskonferenz und des
9 Bundesjugendwerksausschusses zu bundespolitischen Aufgaben und zur Wahrung der
10 Einheitlichkeit des Gesamtverbandes verbindlich für die Mitgliedsgliederungen
11 sind.“

Begründung

12 Seit geraumer Zeit wird in Rahmen der Bundesjugendwerkskonferenzen immer wieder
13 über die Verbindlichkeit von Bundesbeschlüssen diskutiert. Diese Frage wurde
14 jedoch nicht ausdiskutiert. Vielmehr wurde es bei dem Hinweis belassen, dass

15 Bundesbeschlüsse für die Jugendwerke keinen verbindlichen Charakter haben. Auch
16 rechtlich stellt es sich so dar, dass Bundesbeschlüsse für die einzelnen
17 Verbände keinen verbindlichen Charakter haben, da diese in die
18 Selbstorganisation eingreifen. Bei bestimmten Themen erweist sich dies als
19 hinderlich, insbesondere, wenn das Jugendwerk eine einheitliche Position oder
20 Haltung entwickelt, weshalb eine Selbstverpflichtung z. T. nicht ausreicht. Aus
21 diesem Grund befürwortet der Bundesjugendwerksvorstand eine Regelung zur
22 Verbindlichkeit von Bundesbeschlüssen in das Statut aufzunehmen. Diese Regelung
23 soll jedoch nur die direkt angeschlossenen Landes- und Bezirksjugendwerke
24 betreffen. Zwar betrifft die Regelung Grundsätze des Aufbaus des Jugendwerkes.
25 Gleichwohl werden die Beschlüsse gerade durch die Gremien des Bundesjugendwerkes
26 herbeigeführt, die durch Delegierte der Gliederungen gebildet werden.

27 Mit der neuen Regelung sollen Beschlüsse von der Bundesjugendwerkskonferenz und
28 dem Bundesjugendwerksausschuss für die Landes- und Bezirksjugendwerke
29 verbindlich sein. Das heißt, dass diese Beschlüsse dann befolgt werden müssen.
30 Dies gilt aber nur für Beschlüsse, die unbedingt auf Bundesebene getroffen
31 werden müssen. Unser Jugendwerk ist von unten nach oben aufgebaut. Aber dadurch,
32 dass Menschen aus den Gliederungen die Entscheidungen über die Anträge treffen,
33 ist sicher, dass alle mitgenommen werden. Damit die Beschlüsse für alle Landes-
34 und Bezirksjugendwerke gelten, müssen diese ihre Satzung ändern.